

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Joachim Hagen

**13.07.2019 /19.20-19.50 Uhr**  
**14.07.2019 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/info](http://www.ndr.de/info)

**Inhalt:**

- Ablenkungsmanöver – Was steckt hinter der US-amerikanischen Bitte um deutsche Bodentruppen in Syrien?
- Out of Area-Urteil – Weichenstellung für Parlamentsarmee vor 25 Jahren
- Afghanistan-Friedensgespräche – Hoffen auf ein Ende der Gewalt
- Chinas Aufrüstung – Peking auf dem Weg zur militärischen Supermacht

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrophon:  
Joachim Hagen.

Und das sind unsere Themen:

- Weichenstellung für die Parlaments-Armee – vor 25 Jahren fällt das Bundesverfassungsgericht sein Grundsatzurteil über Out of Area-Einsätze.
- Friedensgespräche in Afghanistan – Hoffen auf ein Ende der Gewalt  
Und:
- Chinas Aufrüstung – Peking auf dem Weg zur militärischen Supermacht.

Beginnen wollen wir mit einem historischen Thema: Dem sogenannten Out of Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor 25 Jahren. Darin wurde festgeschrieben, unter welchen Bedingungen bewaffnete Bundeswehrsoldaten im Ausland eingesetzt werden dürfen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen: Der Bundestag muss dem Einsatz mit Mehrheit zustimmen. Warum das Urteil damals umstritten war, dazu kommen wir gleich. Zunächst aber zu den aktuellen Auswirkungen.

Der amerikanische Sonderbeauftragte für Syrien, James Jeffrey, hat Anfang der Woche die Bundesregierung gebeten, deutsche Soldaten nach Syrien zu schicken um dort gegen die Überreste der Terrormiliz „Islamischer Staat“ zu kämpfen. Das wäre ein solcher Auslandseinsatz. Verbunden war diese Bitte mit der Forderung, bis Ende des Monats zu einer Entscheidung zu kommen.

Dazu muss man wissen: Deutschland beteiligt sich schon jetzt am Kampf gegen den IS. Die Bundeswehr-Soldaten sind allerdings nicht in Syrien stationiert, sondern in Jordanien und im Irak. Von Jordanien aus starten Tornado-Aufklärungsflugzeuge, im Irak kümmern sich deutsche Soldaten um die Ausbildung der Armee. Eine Ausweitung dieses Einsatzes lehnte die Bundesregierung kurz nach dem Bekanntwerden der amerikanischen Bitte ab. Auch wenn Regierungssprecher Steffen Seibert erst auf Nachfrage deutlich wurde.

#### O-Ton Seibert

„Wenn ich sage, dass die Bundesregierung es ins Auge fasst, ihre bisherigen Maßnahmen im Rahmen der Anti-IS-Koalition fortzuführen, dann zählen dazu bekanntlich keine Bodentruppen.“

Seibert drückt sich so verklausuliert aus, weil der Bundestag ja einem Einsatz von Bodentruppen zustimmen muss. Das Mandat für den derzeitigen Anti-IS-Einsatz der Bundeswehr läuft Ende Oktober aus. Und in der SPD gibt es bereits Widerstand, einer Verlängerung zuzustimmen. Also ist ein Mandat des Bundestages für einen Einsatz von Bodentruppen in Syrien völlig ausgeschlossen. Das wissen auch die Amerikaner. Dazu kommt noch die Forderung Jeffreys, den Beschluss für den Syrien-Einsatz bis Ende des Monats zu fassen – während der Sommerpause des Bundestages. Dafür müssten die Abgeordneten zu einer Sondersitzung zurück gerufen werden. Beides macht die Forderung Jeffreys unglaublich. Aber was bezwecken die Amerikaner dann? Es bleibt der Verdacht, dass die US-Regierung über Bande spielt. Nach dem Motto: Lehnst Du meine erste Forderung ab, kannst Du es nicht auch noch bei der zweiten tun. Worum es sich bei dieser zweiten Forderung handelt, das ist noch nicht bekannt. Aber die Vereinigten Staaten versuchen gerade eine internationale Militär-Allianz zum Schutz der Schifffahrtsrouten durch die Straße von Hormus zu schmieden. Dafür wären deutsche Kriegsschiffe sicherlich willkommen.

Jetzt also zum Grundsatz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor 25 Jahren zu Out of Area-Einsätzen der Bundeswehr. Es stärkte die Befugnisse des Bundestages und machte die Bundeswehr zu einem sogenannten Parlamentsheer. Jerry Sommer über die Vorgeschichte und die Folgen.

#### Manuskript Jerry Sommer

Nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Ost-Westkonfliktes beteiligten sich Bundeswehr-Soldaten erstmals auch an bewaffneten internationalen Einsätzen. Der Verfassungsjurist und ehemalige Leiter der Rechtsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums, Dieter Weingärtner, erinnert sich noch gut an den damaligen innenpolitischen Streit über die Rolle der Bundeswehr:

#### O-Ton Weingärtner

„Die einen wollten sie weltweit einsetzen können, andere wollten sie auf die Landesverteidigung beschränken oder nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes gar ganz auflösen. Und das Grundgesetz gab dazu keine eindeutige Auskunft.“

Denn als 1949 das Grundgesetz verabschiedet wurde, gab es noch keine Bundeswehr. Die Verfassung verbot jedoch ausdrücklich einen Angriffskrieg. 1956 beschloss der Bundestag per Verfassungsänderung – Zitat: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“

Damals dachte man an die Landes- und Bündnisverteidigung. Entsprechend war aus Sicht aller Bundesregierungen bis 1990 der Kampfeinsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Bündnisgebietes verfassungswidrig. Die Rede war von sogenannten „Out of Area“-Einsätzen. Doch Anfang der 1990er Jahre beschloss die CDU/CSU-FDP-Regierung, deutsche Soldaten im Rahmen einer UN-Mission nach Somalia zu schicken. Außerdem beteiligten sich Bundeswehr-Angehörige an NATO-Überwachungsflügen über Bosnien-Herzegowina. Und in der Adria sollte ein UN-Waffenembargo gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien durch die NATO durchgesetzt werden. Die SPD-Opposition zog vor das Bundesverfassungsgericht und klagte, weil die Bundesregierung darüber keine Entscheidung des Bundestages herbeigeführt habe. Eine ähnliche Klage reichte auch die damalige Regierungspartei FDP ein. Vor diesem

Hintergrund sprach das Bundesverfassungsgericht im Juli 1994 sein sogenanntes „Out of Area-Urteil“.

Nach dem Beschluss aus Karlsruhe sind bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Rahmen und nach den Regeln von Organisationen wie der UN und der NATO verfassungskonform. Allerdings unter einer Bedingung. Der Rechtsexperte Dieter Weingärtner:

#### O-Ton Weingärtner

„Das Gericht fügte hinzu – und das war praktisch der Kompromiss, das Zugehen auf die Gegner von Auslandseinsätzen –, dass die Bundesregierung einen bewaffneten Einsatz nicht alleine beschließen könne, sondern dass sie dafür im konkreten Einzelfall die Zustimmung des Bundestages benötige.“

Voraussetzung sei eine einfache Bundestagsmehrheit, so das Verfassungsgericht. Damit war eine relativ niedrige Hürde geschaffen worden. Denn vor dem Urteil hatte der damalige FDP-Außenminister noch vorgeschlagen, UN-Blauhelmeinsätze mit einer Mehrheit aller Abgeordneten und Kampfeinsätze sogar von einer Zwei-Drittel-Mehrheit abhängig zu machen.

Inzwischen hat der Bundestag mehr als hundert Mal bewaffnete Auslandseinsätze deutscher Soldaten gebilligt. Die vom Verfassungsgericht entschiedene Beteiligung des Parlaments begrüßt der Konfliktforscher Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Doch er sieht die Abstimmungen kritisch:

#### O-Ton Dembinski

„Wenn zum Beispiel eine der Koalitionsparteien aussteigen würde, dann wäre das immer schon eine Regierungskrise. Und von daher hat die Regierung darüber ein disziplinierendes Instrument in der Hand, was dann manchmal auch diese Diskussionen – etwa für die Verlängerung von Afghanistaneinsätzen – eher zu einer ritualisierten Veranstaltung verkommen lässt, wo erst gar nicht mehr wirklich offen diskutiert wird über die Sinnhaftigkeit dieser Einsätze.“

Auch der Direktor des Bonner Internationalen Konversionszentrums BICC, Conrad Schetter, bedauert dass heute zu wenig über Bundeswehr-Auslandseinsätze diskutiert werde:

### O-Ton Schetter

„Wenn wir zurückdenken, vor 20 - 25 Jahren gab es bei jedem Militäreinsatz sehr hitzige Debatten gerade in der Öffentlichkeit. Da merkt man, eine Art Abnutzungserscheinung, dass dann bei späteren Einsätzen – denkt man etwa an Mali, – die Diskussionen in der Öffentlichkeit eigentlich nur ein müdes Lächeln herbeizaubern.“

Bewaffnete Auslandseinsätze sind nach dem „Out of Area“-Urteil auch ohne Ausrufung des Verteidigungsfalles grundgesetzkonform, weil es im Artikel 24 ausdrücklich heißt – Zitat: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen.“

Für Erstaunen und Kritik sorgten die Verfassungsrichter jedoch, weil sie in ihrem richtungsweisenden Urteil neben den Vereinten Nationen auch die NATO als ein „kollektives Sicherheitssystem“ bezeichneten. Denn als System kollektiver Sicherheit werden normalerweise nicht reine Verteidigungsbündnisse zur Abwehr eines äußeren Gegners angesehen. Als System kollektiver Sicherheit wurde eigentlich eine Organisation verstanden, in der alle Staaten – inklusive der potenziellen Gegner – Mitglieder sind. Es ist nach innen gerichtet und versucht, Konflikte zwischen den Mitgliedern zu regeln, wie beispielsweise die UN und die OSZE. Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung hält die Einordnung von 1994 durch das Verfassungsgericht trotzdem für nachvollziehbar. Denn die NATO habe sich nach dem Ende des Ost-Westkonfliktes angeboten, quasi als Subunternehmer unter politischer Leitung der Vereinten Nationen oder der OSZE tätig zu werden. Dembinski:

### O-Ton Dembinski

„Von daher gab es eine Situation, in der die NATO – deklaratorisch zumindest – sich selber in solche Systeme kollektiver Sicherheit einordnete.“

Das blieb aber nicht so, sagt Konfliktforscher Conrad Schetter vom Internationalen Konversionszentrum BICC in Bonn:

### O-Ton Schetter

„Problematisch wurde dies sicherlich vor allen Dingen in den einzelnen Einsätzen, denkt man hier an den Einsatz gegen Jugoslawien, wo ein Krieg geführt

wurde, der eigentlich auf einem Angriffskrieg beruhte. Zudem war er eben nicht durch UN-Mandate gedeckt – wo man sich sehr stark fragen muss, inwieweit so etwas eigentlich dann eben noch durch das Grundgesetz abgedeckt werden kann.“

Das Urteil von 1994 war zwar die Grundlage für zahlreiche bewaffnete Bundeswehreinmärsche in den vergangenen 25 Jahren. Rechtlichen und politischen Streit über einzelne Einsätze hat es allerdings immer wieder gegeben – bis heute. So hat Karlsruhe zum Beispiel entschieden, die rot-grüne-Bundesregierung habe 2003 verfassungswidrig gehandelt: Bundeskanzler Schröder hatte damals im Zusammenhang mit dem US-geführten Krieg gegen den Irak dem Einsatz von NATO-AWACS-Flugzeugen zur Überwachung des Luftraums über der Türkei zugestimmt. In den Maschinen saßen auch deutsche Soldaten. Der AWACS-Einsatz erfolgte aber ohne Billigung des Bundestages. Die Begründung der Regierung, es habe sich dabei um eine rein defensive Maßnahmen gehandelt, ließ das Bundesverfassungsgericht nicht gelten. Strittig ist aktuell zum Beispiel auch der Einsatz von Spezialkräften der Bundeswehr in Ausbildungsmissionen in Niger und Kamerun, für die es kein Bundestagsmandat gibt.

Der Verfassungsjurist und ehemalige Leiter der Rechtsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums, Dieter Weingärtner, weist auch auf einen weiteren strittigen Fall hin: Den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen einer „Koalition der Willigen“ gegen die Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien und im Irak. Für diesen Einsatz gibt es zwar einen Parlamentsbeschluss, allerdings sei die verfassungsrechtliche Grundlage zweifelhaft. Denn es fehle die klare Ermächtigung eines kollektiven Sicherheitssystems – so wie es das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 für notwendig erachtet hat. Dieter Weingärtner:

#### O-Ton Weingärtner

„Dieser Einsatz findet nicht im Rahmen der NATO und nicht im Rahmen der EU statt. Und nach meiner Einschätzung gibt es auch kein ausreichendes Mandat der Vereinten Nationen, das zum Einsatz militärischer Gewalt ermächtigen würde. Gleichwohl hat sich die Bundesregierung in ihrem Antrag an den Bundestag darauf berufen, dass der Einsatz im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit stattfindet.“

2005 verabschiedete der Bundestag ein eigenes Gesetz für Auslandseinsätze – das sogenannte Parlamentsbeteiligungsgesetz. Doch auch damit wurden nicht alle offenen Fragen geklärt. Das gilt insbesondere für den Einsatz von multinationalen Verbänden oder Militärstäben mit deutscher Beteiligung. Einige Politiker fordern daher, den Verteidigungsbegriff viel weiter als bisher auszulegen oder durch eine Grundgesetzänderung die Bundeswehr im Rahmen von NATO oder EU-Militärstrukturen gegebenenfalls auch ohne Zustimmung des Bundestages einzusetzen. Eine Aufhebung des Parlamentsvorbehaltes würde das Bundesverfassungsgericht jedoch niemals erlauben, sagt Verfassungsrechtler Dieter Weingärtner. Er warnt zudem davor, das Grundgesetz klammheimlich neu zu interpretieren:

#### O-Ton Weingärtner

„So weitreichende Folgen wie eine extensive Auslegung des Verteidigungsbegriffs auslöst, können meiner Meinung nach nur zustande gebracht werden durch eine breite, transparente, öffentliche Debatte und nicht durch eine mehr oder weniger stillschweigende Uminterpretation des Grundgesetzes.“

Doch obwohl manche Parteien sich für eine EU-Armee aussprechen, findet eine solche Debatte nicht statt. Denn es scheint unrealistisch, die für eine Grundgesetzänderung benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Auch 25 Jahre nach dem Out-of-Area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt es also weiterhin offene Fragen.

\* \* \*

#### Hagen

Jerry Sommer berichtete.

Afghanistan wird seit Jahrzehnten von einem Bürgerkrieg zerrissen. Auf der einen Seite die radikalislamischen Taliban, auf der anderen Seite die Zentralregierung in Kabul. Kein Monat ohne neue Anschläge oder Gefechte. Aber inzwischen gibt es einen kleinen Hoffnungsschimmer. Erstmals wurden in einer Konferenz der Taliban mit Vertretern aus der afghanischen Politik und Gesellschaft konkrete Ergebnisse erzielt. Gleichzeitig verhandeln die Taliban mit den Vereinigten Staaten über einen Abzug der Amerikaner. Was das für die deut-

schen Soldaten in Afghanistan bedeutet, darüber berichtet Bernd Musch-Borowska.

### Manuskript Musch-Borowska

Wenn die Sonne aufgegangen ist, über dem Bundeswehr-Camp in Mazaar-e Sharif und die Felsen des Marmal-Gebirges, nach dem das Camp benannt ist, goldgelb beleuchtet, warten die Soldaten schon auf den Abflug der Transport-Hubschrauber, die sie ins Lager der afghanischen Streitkräfte bringen sollen.

### ATMO Hubschrauber

Die weiß gespritzten, schon etwas betagten Hubschrauber russischer Bauart, gehören einem ukrainischen Contractor, der den Pendelverkehr zwischen den Unterkünften der Bundeswehr und dem Ausbildungscamp der Afghanen organisiert.

Ein Dutzend Passagiere pro Hubschrauber. Mit gepanzerten Fahrzeugen am Boden wäre die Anreise zum Camp Shaheen, wo der Unterricht im Rahmen der Ausbildungs- und Unterstützungsmission *Resolute Support* stattfindet, viel zu zeitaufwendig. Denn die Radpanzer der Bundeswehr sind für den Transport von mehreren Personen gar nicht ausgestattet.

Die Mission der Bundeswehr ist personalaufwendig. Jeder Advisor, wie sich die Ausbilder selbst bezeichnen, bekommt einen schwer bewaffneten Soldaten der sogenannten *Force Protection* zur Seite gestellt.

### O-Ton Advisor

„Force Protection sind Kräfte, die uns Advisor bei unserer Tätigkeit absichern. Während wir uns voll und ganz auf die Ausbildung konzentrieren, können wir das umliegende Gelände nicht beobachten und auf sich verändernde Situationen nicht reagieren, weil wir das gar nicht wahrnehmen.“

Die Sicherheitslage ist prekär. Außerhalb des Bundeswehr-Camps muss mit allem gerechnet werden, auch im Lager der afghanischen Streitkräfte. Immerhin sind die afghanischen Soldaten hier für alle nördlichen Provinzen zuständig, sagt Oberst Kabila, der afghanische Kommandeur in der Provinz Balkh. Die Taliban sind hier überall.



### O-Ton Kabila

„Wir decken hier im Norden und Nordosten unseres Landes neun Provinzen ab. Unsere Luftwaffe hier unterstützt die Streitkräfte am Boden, wenn sie gegen die Taliban und andere Aufständische kämpfen.“

Es geht einiges schief, bei den Einsätzen der afghanischen Streitkräfte gegen die Taliban und andere sogenannte Aufständische. Immer wieder kommt es zum versehentlichen Beschuss von Wohngebieten. Nach einem Bericht der Vereinten Nationen haben die afghanischen und internationalen Streitkräfte in den ersten drei Monaten dieses Jahres mehr Zivilisten getötet als die Taliban. Richard Bennett, der UN-Menschenrechtsbeauftragte für Afghanistan:

### O-Ton Bennett

„Besonders besorgt sind wir über Durchsuchungsaktionen der afghanischen Streitkräfte, die manchmal mit internationaler Unterstützung durchgeführt werden. Und über Lufteinsätze, bislang vor allem von den internationalen Streitkräften. Diese Einsätze haben zum Tod von vielen Zivilisten geführt. Die Hälfte davon und mehr waren Frauen und Kinder. Kinder machten, allein betrachtet, etwa ein Drittel dieser zivilen Opfer aus.“

### ATMO Flugzeuge

Afghan Tactical Air Coordinators, kurz ATAC, werden die Soldaten genannt, die vom Boden aus der afghanischen Luftwaffe die Ziele zuweisen. Dies ist einer der Schwerpunkte der Ausbildungsmission der Bundeswehr in Mazaar-e Sharif.

### O-Ton Advisor

„Ein ATAC ist dafür da, Luftfahrzeuge entsprechend anzuweisen, bestimmte Ziele nach seinen Anweisungen zu bekämpfen. Das ist immens wichtig, weil diese Luftfahrzeuge – das können Flugzeuge oder Hubschrauber sein – jede Menge Feuerkraft haben, mit der sie dann die Bodenkkräfte unterstützen können.“

Gerade im Norden Afghanistans rücken die Taliban seit Monaten verstärkt vor. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge kontrollieren die Taliban mehr als die Hälfte aller Provinzen des Landes. Warum sind die afghanischen Sicherheitskräfte in der Defensive. Liegt's an der Ausbildung?

### O-Ton Advisor

„Wir bilden die Afghanen ja nicht aus. Das ist das völlig falsche Wording. Wir beraten nur, wie könnte der Zielerreichungsprozess anders dargestellt werden? Wie kann die Befehlsgebung innerhalb der Stabsarbeit effektiver und effizienter gestaltet werden? Wir bilden nicht aus, wir advisen nur.“

Bis zu 1.300 Bundeswehr-Soldaten sind an der Ausbildungs- und Unterstützungsmission *Resolute Support* in Afghanistan im Einsatz, die nach dem Ende des internationalen Kampfeinsatzes im Jahr 2014 ins Leben gerufen wurde. Im März hat der Bundestag das Mandat um ein weiteres Jahr verlängert. Dabei sei noch einiges zu tun, sagte einer der leitenden Advisor, vor allem im Bereich der Luftwaffe.

### O-Ton Heili

„Ich muss leider gestehen, wir sind da ganz am Anfang, also am Anfang der Luftwaffe, beim Heer sind die Afghanen viel weiter. Denn am Anfang wurde viel Kraft und Energie in die Groundforces gesteckt, weil die Luftunterstützung von den Coalitionforces kam. Und jetzt geben wir denen immer mehr Hubschrauber, immer mehr Maschinen und da müssen die in der Lage sein, die auch effektiv zu nutzen und da sind wir leider ganz am Anfang.“

Ganz am Anfang und doch schon mit den Gedanken beim Ende der Mission. Während in Doha, der Hauptstadt von Katar, die Taliban-Führung und die USA über einen möglichen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan beraten – was letztendlich auch Konsequenzen auf die Präsenz der Bundeswehr hätte – erwartet der Senior-Advisor, Oberst B. klare Entscheidungen der Politik:

### O-Ton Oberst B.

„Ich glaube, wir müssen uns als Deutschland mal Gedanken darüber machen, was wir in Zukunft in unserer Sicherheitsarchitektur eigentlich wollen. Am Ende müssen wir als westliche Staaten ja auch irgendwann daran interessiert sein, hier wieder raus zu kommen. Das soll ja idealerweise keine noch sehr, sehr lange Option werden.“

Oberst Kabila, der Kommandeur der afghanischen Streitkräfte in der Provinz Balkh, sieht die Entwicklung mit Sorge. Ungeachtet aller kultureller Unterschiede und Kommunikationsprobleme, die es mitunter gibt, hält er die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan für wichtig:

### O-Ton Kabila

„Angesichts der Lage, in der wir uns befinden, möchte ich den deutschen Soldaten und allen Streitkräften der internationalen Koalition sagen: wir brauchen weiter eure Kooperation. Es ist doch offensichtlich, dass Afghanistan es alleine nicht schafft und dringend auf Unterstützung angewiesen ist. Deshalb kann ich nur sagen, bleibt hier bei uns.“

Von den jüngsten Gesprächen zwischen den USA und der Taliban-Führung in Doha ist zu hören, dass gute Fortschritte gemacht wurden. Umstritten ist unter anderem noch der Zeitplan für den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan. Die Taliban erwarten, dass das möglichst bald geschieht. Die USA hingegen wollen das offenbar über einen Zeitraum von mehreren Jahren strecken.

Doch was wird dann aus Afghanistan? Bei einer innerafghanischen Friedenskonferenz, die unter deutscher Vermittlung Anfang Juli in Doha zusammenkam, haben Taliban und Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft und der Politik Rahmenbedingungen für Frieden am Hindukusch formuliert. Dabei wurde unter anderem ein islamisches System für Afghanistan als Bedingung genannt. Auch die Rechte der Frauen sollten im Rahmen islamischer Werte garantiert werden, hieß es in der Abschluss-Erklärung, ohne jedoch klar zu definieren, was das bedeutet.

Der Politologe Omar Sadr hat den sogenannten Friedens-Prozess in Afghanistan in den vergangenen Jahren verfolgt und analysiert und sieht in den bislang bekannt gewordenen Rahmenbedingungen eine große Gefahr für die künftigen politischen Strukturen des Staates. Die Taliban hätten schon längst die Kontrolle über den Verlauf des Friedensprozesses übernommen, sagt er, denn sie lehnten bislang konsequent jede Beteiligung der gewählten afghanischen Regierung an den Friedensgesprächen ab:

### O-Ton Sadr

„Die Taliban bestimmen den Zeitpunkt, den Ort und die Tagesordnung der Gespräche. Sie bestimmen sogar, wer daran teilnehmen darf und wer nicht. Sie haben die afghanische Regierung einfach ausgeschlossen, weil sie sich weigern, direkt mit der Regierung zu sprechen. Das hat nicht nur Auswirkungen für die jetzige Regierung, sondern für das gesamte politische System Afghanistans. Die staatlichen Organe werden bis zur Bedeutungslosigkeit reduziert.“

Im Falle eines kompletten Abzugs der US-Truppen aus Afghanistan würde auch die Bundeswehr ihren Einsatz am Hindukusch beenden. Wie Verteidi-

gungsministerin Ursula von der Leyen stets bekräftigte, lautet die Devise: Gemeinsam rein, gemeinsam raus.

\* \* \*

### Hagen

Bernd Musch-Borowska über die Zukunft des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan.

Zu unserem letzten Thema: China will eine Großmacht werden – auch militärisch. Staats- und Parteichef Xi Jinping träumt schon seit langem von einer starken Armee. Deshalb hat er sich selbst zum Oberbefehlshaber des Militärs gemacht und den chinesischen Streitkräften die größte Reform ihrer Geschichte verordnet. Das Ziel: China soll militärisch aufholen und langfristig die Vereinigten Staaten als militärische Supermacht herausfordern.

Axel Dorloff berichtet.

### Manuskript Axel Dorloff

#### ATMO Militärmuseum Peking

Kanonen, Kampfbomber und Panzerfäuste: im „Militärmuseum der chinesischen Volksrevolution“ in Peking erleben Besucher eine Zeitreise durch die chinesische Militärgeschichte. Nach aufwendiger Renovierung wurde das Museum Anfang des Jahres neu eröffnet. Ein Gebäude von 1959, erbaut im Stil des sozialistischen Klassizismus. Der 64-jährige Zhang Pinghe, ein Tourist aus der Provinz Shanxi, spaziert sichtlich beeindruckt über den Marmor-Fußboden der riesigen Museumshallen.

### O-Ton Zhang Pinghe

„Im antifaschistischen Befreiungskrieg und Anti-japanischen Krieg war das chinesische Militär noch rückständig. Die meisten Gewehre und Waffen waren ausländischer Produktion. Jetzt ist China hoch entwickelt. In der ganzen Welt ist das chinesische Militär stark und konkurrenzfähig.“

In den vergangenen zehn Jahren sind die chinesischen Militärausgaben um über 80 Prozent gestiegen. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping investiert mehr als jeder seiner Vorgänger in die Volksbefreiungsarmee. Auf dem 19. Parteitag hat er nochmals deutlich gemacht: ein starkes Militär ist für ihn ein zentraler Baustein bei der Modernisierung Chinas.

#### O-Ton Xi Jinping

„Im Einklang mit unserm nationalen Modernisierungsprozess treiben wir die umfassende Modernisierung der Militärs voran: die Modernisierung der Militärtheorie, der Organisation, des Personals, der Waffen und der Ausrüstung. Bis zum Jahr 2035 wollen wir die Modernisierung der Armee und der nationalen Verteidigung bewältigt haben. Bis Mitte des Jahrhunderts wollen wir die Volksbefreiungsarmee zu einer Armee erster Klasse aufbauen.“

China hat seine militärische Entwicklung in Etappen unterteilt. Das Ziel ist dabei klar: bis zum 100. Geburtstag der Volksrepublik im Jahr 2049 soll China zur militärischen Supermacht aufsteigen.

#### ATMO Militärhymne

„Unsere Truppen folgen der Sonne“, so heißt es im Text dieser Hymne der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Im Moment folgen die Truppen vor allem Präsident Xi Jinping, der sich selbst zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte gemacht hat. Anfang 2016 hat er dem chinesischen Militär die größte Strukturreform seit den 50er Jahren verordnet.

Die sieben Militärregionen der Volksrepublik wurden in fünf strategische Zonen umstrukturiert. Alle unterstehen einem gattungsübergreifenden Kommandozentrum für Herr, Marine, Luftwaffe und Raketeneinheiten. Das Ziel: weg vom Schwerpunkt der Landesverteidigung hin zu mobilen, integrierten und global einsetzbaren Streitkräften. Das landdominierte Militär hat an Relevanz verloren, es geht nicht mehr vorrangig darum, die Landesgrenzen am Boden zu schützen. Marine und Luftwaffe haben dagegen an Bedeutung gewonnen. China hat vom Ausland gelernt, sagt der unabhängige Militärexperte und Publizist aus Macau, Wong Tong.

#### O-Ton Wong Tong

„Jahrelang hat man die High-Tech-Kriege des Auslands beobachtet, auch China hat dadurch die Bedeutung der Marine erkannt. 70 Prozent der Erdoberfläche ist Wasser, es gibt viele internationale Gewässer. China misst der Marine jetzt höchste Bedeutung bei, genau wie die USA und Großbritannien. Das wird auch künftig so sein.“

Zur Strukturreform gehört auch die Verkleinerung der Armee um rund 300.000 Stellen, auf immer noch rund zwei Millionen. Gestrichen wird aber nur beim Heer und in der Verwaltung, Marine und Luftwaffe bekommen Personal dazu. China hat in den vergangenen 30 Jahren systematisch eine eigene Militär- und Verteidigungsindustrie aufgebaut und entwickelt und produziert mehr und mehr Waffen selbst. Auch komplexere Waffensysteme. Vorbei sind die Zeiten, in denen China der größte Waffen-Importeur war, sagt Militär-Experte Wong.

#### O-Ton 4 Wong Tong

„China hat sich von einem Waffen-Importeur zu einem Waffen-Exporteur entwickelt. Früher war die chinesische Industrie gar nicht in der Lage, das Land mit Waffen zu versorgen, schon gar nicht für den Export. Jetzt produziert China auch gezielt Ausrüstung für den Export. Das ist ein substantieller Unterschied zu vorher.“

China verkauft mittlerweile fast alles. Nicht mehr nur Handgranaten oder Maschinengewehre, sondern auch Raketen, Radarsysteme und militärische Drohnen. Chinas Waffenindustrie hat dazugelernt, anfangs vor allem durch Plagiate. Laut Friedensforschungsinstitut SIPRI in Stockholm sind die chinesischen Waffenexporte in den vergangenen fünf Jahren um etwa 40 Prozent gestiegen, verglichen mit dem Fünfjahres-Zeitraum davor. Zunehmend geht es dabei auch um High-Tech-Waffen.

#### O-Ton Wong Tong

„Es gibt keinen Zweifel daran, dass China sehr weit vorne dabei ist, zum Beispiel bei der Entwicklung der militärischen Drohnen. In den USA gibt es strenge Ausfuhrkriterien für militärische Drohnen. Diese Lücke hat China genutzt. Die Volksrepublik hat dabei nicht nur seine eigene Armee mit Drohnen ausgerüstet, sondern dominiert auch den internationalen Markt. Rund 80 Prozent der militärischen Drohnen, auch im Mittleren und Nahen Osten, kommen aus China.“

Zu den wichtigsten Neuerungen bei Luftwaffe und Marine gehören das Kampf-  
flugzeug Chengdu J-20 und der Lenkwaffenzerstörer vom Typ 055. Beim J-20  
handelt es sich um das erste bekannt gewordene Flugzeug chinesischer Pro-  
duktion, das über Tarnkappeneigenschaften verfügt. Seit März 2017 ist der  
Kampfflieger im Einsatz. Für den Pekinger Politikwissenschaftler Jin Canrong  
von der Renmin Universität wirken sich diese Entwicklungen auf die militäri-  
schen Kräfteverhältnisse aus.

#### O-Ton Jin Canrong

„Der Lenkwaffenzerstörer vom Typ 055 und der J-20 Kampfflieger haben die  
Situation verändert. Das hat es seit 500 Jahren so nicht gegeben. Der J-20  
Kampfflieger kann es mit dem amerikanischen F-22 Jagdflugzeug aufnehmen.  
Er ist weltweit der einzige Gegner des F-22. Damit hat erstmals seit 500 Jahren  
ein nicht westliches Land in der militärischen Ausrüstung zum Westen aufge-  
holt.“

China baut derzeit auch an einem dritten Flugzeugträger. Dieser soll deutlich  
moderner sein als seine beiden Vorgänger, die noch von sowjetischem Design  
sind. Viele Details liegen noch nicht vor, aber der Flugzeugträger soll über ein  
elektromagnetisches Katapultsystem verfügen und deutlich mehr Flugzeuge  
aufnehmen können als die beiden vorhandenen Träger. Der Bau eines eigenen  
Flugzeugträgers, entwickelt, konzipiert und gefertigt in China, gilt als Kernstück  
der Modernisierung des chinesischen Militärs.

#### ATMO Militärmuseum

Auch im Pekinger Militärmuseum steht seit der Renovierung ein Modell des  
ersten chinesischen Flugzeugträgers Liaoning. Stolz ist man hier jetzt nicht  
mehr nur auf die militärische Geschichte, sondern auch auf die Gegenwart. In  
einem sind sich Experten allerdings einig: die militärische Gefechtsstärke Chi-  
nas ist schwer einzuschätzen. China hat seit vier Jahrzehnten keine Kriegser-  
fahrung, den letzten Krieg führte das Land 1979 mit Vietnam. Ungeachtet des-  
sen ist für Politik-Professor Jin Canrong der chinesische Aufstieg zur militäri-  
schen Supermacht nicht aufzuhalten.

### O-Ton Jin Canrong

„Die Welt wird künftig zwei Supermächte und mehrere starke Länder dahinter haben. Die zwei Supermächte werden China und die USA sein. China hat sehr große Produktionskapazitäten. Wir nutzen derzeit nur 15 Prozent davon. Unsere Technik ist ebenfalls sehr gut. Bei der großen Militärparade am 1. Oktober werden Sie etwas sehr Beeindruckendes sehen.“

Am 1. Oktober dieses Jahres ist Nationalfeiertag und der 70. Geburtstag der Volksrepublik China. In Peking gibt es dann wieder eine gigantische Militärparade, eine Waffenschau „Made in China“. Vielleicht die größte, die es in China je gab. Als aufstrebende, globale Militärmacht möchte die Volksrepublik der Welt dann zeigen, wie modern das eigene Militär bereits ist. Denn Supermacht wird man nur mit militärischer Stärke.

### Hagen

Mit diesem Bericht über die militärischen Pläne der chinesischen Regierung geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu ende. Sie können sich diese Sendung wie immer auch als Podcast herunterladen, unter [ndr.de](http://ndr.de) Schrägstrich Streitkraefte. Unter dieser Adresse finden Sie auch das Manuskript der Sendung. Am Mikrofon war Joachim Hagen.